

Promotionskolleg
Zivilgesellschaft und externe Demokratisierung im
postsozialistischen Europa
Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Allgemeine Angaben

Beteiligte Hochschulen

Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder
Große Scharrnstr. 59
15230 Frankfurt/Oder

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Center for Comparative and International Studies SEI
8092 Zürich
Schweiz

Antrag stellende Wissenschaftler

Prof. Dr. Timm Beichelt
Juniorprofessur Europa-Studien
Europa-Universität Viadrina
Große Scharrnstr. 59
15230 Frankfurt/Oder
beichelt@euv-frankfurt-o.de
<http://www.euv-frankfurt-o.de>

Prof. Dr. Frank Schimmelfennig
Lehrstuhl für Europäische Politik
ETH Zürich
SEI G 12
8092 Zürich, Schweiz
frank.schimmelfennig@eup.gess.ethz.ch
<http://www.eup.ethz.ch>

Kooperierendes Referat der Heinrich-Böll-Stiftung

Abteilung Internationale Zusammenarbeit
Referat Südosteuropa/Russland/Südlicher Kaukasus

Zusammenfassung des Forschungsvorhabens

Im geplanten Promotionskolleg soll es darum gehen, die vielfältigen Tätigkeiten von Zivilgesellschaften in europäischen Post-Transformationsstaaten zu erklären. Als Post-Transformationsstaaten werden dabei die postsozialistischen Staaten in Europa bezeichnet, die nach herrschender Lehrmeinung weder vollkommen über vollständig konsolidierte Demokratien verfügen noch seit der Zeitenwende von 1989/1991 in den Status von Autokratien zurückgefallen sind. Es handelt sich damit um Regimes, die zwischen Demokratie und Autokratie anzusiedeln sind; sie liegen im Wesentlichen auf dem Westli-

chen Balkan, im östlichen Osteuropa sowie im Kaukasus. Im Mittelpunkt des Kollegs steht neben der Analyse von Präsenz und Aktivitäten der Zivilgesellschaften in den genannten Regionen vor allem die Frage nach den Wirkungen zivilgesellschaftlichen Handelns und seiner Interaktion mit externen Demokratisierungsbemühungen, vor allem durch Regionalorganisationen wie Europarat oder Europäische Union, Nichtregierungsorganisationen und transnationale Netzwerke.

Dissertationen können sowohl die Effizienz von externen Demokratisierungshilfen auf die postsozialistischen Zivilgesellschaften untersuchen als auch die Einwirkungsmöglichkeiten westlicher nichtstaatlicher Akteure ins Auge fassen. Angestrebt wird ein hoher Anteil von Arbeiten mit einer vergleichenden Perspektive; Vergleichsfälle können dabei auch im nichteuropäischen Raum liegen. Dem Antrag liegt ein integriertes sozialwissenschaftliches Konzept zugrunde, in dessen Rahmen politikwissenschaftliche, soziologische, anthropologische und historische Arbeiten einen Platz finden können.

Summary of the proposal

The graduate programme seeks to explain the various activities of civil society actors in European post-transition countries. By post-transition countries we mean those European ex-communist countries that are generally perceived to have failed to consolidate democracy but have not reverted to fully-fledged autocracy either. Such regimes are mainly to be found in the Western Balkans, in the European part of the former Soviet Union and in the Caucasus region. In addition to studying the development and activities of civil society in these regions, the programme focuses on their effects in interaction with international democracy promotion, mainly by regional organizations such as the Council of Europe or the European Union, non-governmental actors and transnational networks.

Doctoral dissertations may, for instance, examine the effectiveness of external democracy promotion on civil societies and the impact of Western non-governmental actors. We invite comparative analyses in particular, which may also include non-European cases. The programme takes an integrated social science perspective on the subject; contributions from Political Science, Sociology, Anthropology, and History and related disciplines are welcome. Dissertations may be written in English but doctoral students whose native language is not German are expected to have at least a basic working knowledge of the language and to perfect their German during the graduate programme.

Geplante Laufzeit

Drei Jahre; 1.10.2008 – 30.9.2011

Angestrebter Förderbeginn

1.10.2008

Angestrebte Zahl der DoktorandInnen

Sechs

2. Forschungsprogramm

Zentrale Forschungsidee; wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Relevanz; Fragestellung und Ziel des Forschungsprogramms

Das zentrale Erkenntnisinteresse des Kollegs lautet, der empirisch unklaren Entwicklung der Zivilgesellschaft in post-sozialistischen Transformationsstaaten nachzugehen und daraus theoretische und praktische Einsichten für deren Rolle in späten Demokratisierungsprozessen zu gewinnen.

Die bisherige Transformationsforschung weist der Zivilgesellschaft in zwei Phasen eine wichtige Rolle zu: in der Liberalisierungsphase am Ende eines autoritären Regimes können Massenbewegungen einen Umschwung herbeiführen, und am Ende der Konsolidierungsphase stabilisieren zivilgesellschaftliche Gruppen die politische Öffentlichkeit und damit die jungen Demokratien. Im postsozialistischen Raum haben sich jedoch neben den neuen EU-Mitgliedstaaten in den meisten Staaten Regimes herausgebildet, die sich einerseits 15 Jahre nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs nicht mehr in einem Übergangstatus befinden, andererseits jedoch auch von der Konsolidierung einer Demokratie mehr oder minder weit entfernt sind.

Zur Rolle der Zivilgesellschaft in solchen teils demokratischen, teils autokratischen Regimes bestehen in der Transformations- und Bewegungsforschung erstaunliche Lücken. Können zivilgesellschaftliche Akteure die Hoffnungen auf weitere Demokratisierungsprozesse erfüllen? Wie gestalten sich die Interaktionsmuster von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in einem Regimekontext, in dem die politischen Eliten als eigentlicher Hemmschuh von Demokratisierung und Konsolidierung gelten können? Wenn die Zivilgesellschaften schon keine umfassende Demokratisierung und Konsolidierung erreichen können, wie lassen sich dann ihre Wirkungen beschreiben? Zusätzlich zu diesen offenen Forschungsfragen unterscheidet sich die Zivilgesellschaft von derjenigen zur Zeit der "dritten" Demokratisierungswelle durch ihren transnationalen Charakter, der ebenfalls als untererforscht gelten kann. Nicht nur verfügen zivilgesellschaftliche Gruppen in postsozialistischen Staaten i.d.R. über externe finanzielle und kommunikative Ressourcen. Auch werden sie aus Westeuropa und den USA sowohl von staatlichen wie von nicht-staatlichen Akteuren unterstützt, was die Frage nach den genuinen Zielen zivilgesellschaftlicher Gruppen in defekten Demokratien relevant werden lässt.

Die gesellschaftspolitische Relevanz des geplanten Kollegs ergibt sich durch die große reale und zugeschriebene Rolle, die Zivilgesellschaften in Transformationsregimes innehaben. Die Förderung demokratischer Prinzipien – einem offenen Wahlrecht, der selbstbestimmten Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen, der Achtung und Förderung von Gleichheits- und Minderheitenrechten, etc. – kann nur von zivilgesellschaftlichen Kräften ausgehen, die den ehemals autoritären Staat zähmen und mit politischer Teilhabe anreichern. Andererseits verändert sich bald nach der Demokratisierung die Gleichrichtung der Interessenlage, die die Zivilgesellschaft und den reformerisch gesinnten Teil des Staatsapparats in der Endphase des autoritären Regimes verbunden hat. Zivilgesellschaftliche Akteure streben per definitionem nicht nach politischen Ämtern, sondern haben ihre Funktionen vor allem in der politischen Öffentlichkeit und der gesellschaftlichen Selbstorganisation (dort jeweils Agenda-Setting-Funktion und allgemeine Kontrollfunktion).

Das Erkenntnisinteresse des Kollegs richtet sich darauf, dass diese Trennung im Hinblick auf demokratische Schwellenländer weder in der Realität noch in der Theorie durchgehalten wird. Die massive Unterstützung "reformdemokratischer" Oppositionskräfte durch in- wie ausländische zivilgesellschaftliche Akteure hat zwar in einigen Fällen die Ablösung von Machthabern aus den "alten Eliten" befördert (Georgien, Serbien, Ukraine). Andererseits wurde dadurch das in den Verfassungen festgeschriebene System der staatlichen Machtausübung nicht unerheblich geschwächt. Gesellschaftspolitisch muss also gefragt werden, unter welchen Bedingungen die Ablösung "halbdemokratischer" Akteure nicht die Konsolidierung der Demokratie insgesamt gefährdet. Relevant ist dies nicht nur für die drei genannten Staaten mit (kurzfristig) erfolgreichen Machtwechseln. Die Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie erfasst etwa ein Dutzend Länder zwischen der Europäischen Union im Westen und Mittelasien im Osten. Wissenschaftlich wird dabei relevant, welche Systeme der gesellschaftlichen Interessenvermittlung – und unter welchen Bedingungen – im Kontext der Post-Transformation zur Stärkung fragiler Demokratien am ehesten beitragen.

Die Frage des Kollegs lässt sich demnach so zusammenfassen: Welchen Einfluss haben zivilgesellschaftliche Akteure auf Demokratisierung und Konsolidierung in neuen Demokratien? Dies geschieht unter der besonderen Berücksichtigung der "externen" Dimension von Zivilgesellschaft – gefragt wird nach dem Beitrag von zivilgesellschaftlichen Akteuren in West und Ost für die Transformationsstaaten im Osten. Dabei werden alternative Hypothesen aus der Zivilgesellschafts- und Transformationsforschung getestet, die z.T. uneingeschränkt positive, z.T. jedoch auch ambivalente Wirkungen sieht (siehe unten; Forschungsstand). Die Aufgabe des Kollegs besteht darin, Evidenz zur Prüfung dieser Alternativen zu generieren.

Neben diesem wissensorientierten Anliegen setzt sich das geplante Kolleg weiterhin die Aufgabe, durch die Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich relevanten Thema einen bescheidenen Beitrag zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zu leisten. Dieses Ziel wird mit zwei Mitteln zu erreichen versucht. Zum einen sitzen die Institutionen, die das Kolleg inhaltlich gestalten, in mehreren Ländern (zwei Antragsteller in Deutschland und der Schweiz, HBS-Regionalbüros in Bosnien-Herzegowina, Georgien und Russland). Zum anderen soll wenigstens ein Teil der DoktorandInnen aus Transformationsstaaten stammen, in denen das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Demokratie noch Auswirkungen auf Demokratisierungsprozesse haben kann.

Stand der Forschung; daraus abgeleitet: Gegenstände und Hypothesen

Die Forschung zum Einfluss von Zivilgesellschaft auf Demokratie bewegt sich auf zwei meta-theoretischen Linien, einer vertragstheoretischen und einer republikanischen. Der erste, im Lockeschen Kontraktualismus ankernde, Strang verleiht der Gesellschaft ein von Regierung und Staat unabhängiges Eigengewicht (Taylor 1991). Zivilgesellschaft dient dabei grundsätzlich als Stütze oder gar als Träger demokratischen Denkens und Handelns. Dem menschlichen Individuum werden in diesem Strang Autonomie sowie ein inhärenter Drang zu Freiheit zugeschrieben, wobei sich diese entweder als Abwesenheit von einengendem Zwang oder als Möglichkeit zu selbstbestimmtem Handeln äußern kann. Wenn die Bedingung der freien Selbstorganisation gegeben ist, tendieren Individuen sowie autonom gebildete Gruppen zur Herausbildung vertraglich abgesicherter Gemeinwesen, die diese Freiheit ermöglichen und dabei eine wenigstens minimale Gerechtigkeit herstellen ("Chancengerechtigkeit", vgl. Rawls 1975). Damit ergibt sich für

die liberale Schule der Zivilgesellschaft die Demokratie gewissermaßen als zwangsläufige Organisationsform von Staaten, die ihren Bürgern die Möglichkeit der freien Selbstentfaltung nicht verwehren. Ist die Demokratie einmal etabliert, fungieren zivilgesellschaftliche Gruppen als Transmissionsriemen zwischen Individuen und Staat, wobei die Herstellung rationaler allgemeinverbindlicher Entscheidungen nicht nur über den Pluralismus (Fraenkel 1973 (1970)), sondern auch über das Konzept der deliberativen Politik gewährleistet werden kann (Habermas 1992).

Der zweite, auf Montesquieu zurückgehende, Zweig definiert Gesellschaft durch die politische Organisationsform. In der Hegelschen Tradition trägt nicht die Gesellschaft den Staat, sondern zwischen Staat und Gesellschaft besteht eine Dichotomie. Dabei wird der Drang von Individuen und Gruppen zur freiheitlichen Selbstorganisation nicht negiert, aber in den Kontext der Randbedingungen von Politik und Ökonomie gerückt. Die politische Restriktion besteht im Staat, dessen historisch gewachsene Machtstrukturen einen rationalen Gegenpol zur Gesellschaft verkörpern. Seit der Industrialisierung wird jedoch in dieser Tradition auch die ökonomische Sphäre als dichotom ausgegliedert, etwa im Marxismus. Zivilgesellschaft wird folglich als Sphäre der Interaktion zwischen Gesellschaft und Staat definiert (Cohen/Arato 1992), womit die liberale Vorstellung eines existierenden Transmissionsriemens zur Seite geschoben wird. Vielmehr umfasst Zivilgesellschaft bei Cohen/Arato Familien, freiwillige Assoziationen, Neue Soziale Bewegungen und Formen der öffentlichen Kommunikation, also Einheiten, die nur begrenzt politische Funktionen übernehmen können. Stattdessen sind republikanische und bürgerliche Tugenden (MacIntyre 1987; Sandel 1995) mit den zivilen Aspekten gesellschaftlichen Handelns verbunden. Der Charakter eines staatlichen Gebildes ist damit fast symbiotisch an Zivilität und Gemeinschaftsorientierung gebunden; ohne eine zivile Gesellschaft bestehen kaum Chancen auf Demokratie bzw. Demokratisierung (Walzer 1992).

Auf der Basis dieser beiden unterschiedlichen Stränge hat etwa zeitgleich mit der Erosion des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa die Transformationsforschung versucht, Zivilgesellschaft und Demokratie unter der spezifischen Bedingung der Systemtransformation in Verbindung zu bringen. In ihr sind sowohl der vertragstheoretische wie der republikanische Strang vertreten. In der Forschung zur "dritten Welle der Demokratisierung" (Huntington 1991) fungierte die Zivilgesellschaft zunächst im Sinne der Vertragsschule als Auslöser von Liberalisierung und Systemöffnung in so unterschiedlichen Regionen wie Lateinamerika, Süd- und Osteuropa (O'Donnell/Schmitter/Whitehead 1986). Es waren vor allem DissidentInnen und Bewegungen, die dabei die Idee der Demokratie aus der repressiven Unterdrückung holten, in die Sphäre politischer Verhandlungen überführten und somit autoritäre Machthaber zur Aufgabe zwangen. Zivilgesellschaft wurde damit in der Forschung vor allem über ihre Akteursqualität behandelt. Ihre Autonomie bezog sich nicht nur auf die Unabhängigkeit vom Staat, sondern auf die aktive Rolle bei der Um- und Neugestaltung der politischen Regime.

Allerdings zeigte sich bald, dass die Zivilgesellschaft im Systemwechsel nicht genügend Stärke aufwies, um allein über selbstorganisatorische Mechanismen die Demokratie zu garantieren. Nicht nur die Präsenz zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Politik, sondern bereits die Partizipation von Bürgern in zivilgesellschaftlichen Gruppen gilt als "schwach" (Howard 2003). Dafür wurden von Howard mehrere Gründe identifiziert. Erstens herrscht angesichts der Missbräuche im Kommunismus ein generelles Misstrauen gegenüber der Mitwirkung in gesellschaftlichen Gruppen. Zweitens bestehen freundschaftliche Netzwerke fort, die die Funktion der intermediären Repräsentation zum Teil

übernehmen. Drittens wirken die sozialen Enttäuschungen im Postkommunismus hemmend auf zivilgesellschaftliches Engagement. Darüber hinaus existieren jedoch auch auf der systemischen Ebene Gründe für die zivilgesellschaftliche Schwäche (Lauth/Merkel 1997). In der Phase der Konsolidierung gerät die Zivilgesellschaft in gewisser Weise in Konkurrenz mit der Demokratie. Vorher von der Zivilgesellschaft ausgeübte Funktionen wie Agenda-Setting und Interessenaggregation mussten in die Domäne der Verfassungsordnung verlagert werden, um die noch jungen demokratischen Institutionen mit Leben zu füllen und zu stärken. Dabei ermöglichte es der erhöhte Freiheitsgrad auch undemokratisch eingestellten Kräften, am politischen Leben sowie dessen Diskursen teilzunehmen. Die Zivilgesellschaft kann dann – und in der Transformation herrschen dafür besonders günstige Bedingungen – von "unzivilen" Akteuren beherrscht werden, die die Demokratie schwächen oder sogar in autoritäre Gefilde zurückführen können (Whitehead 1997; Rüb 2000). Im Transformationsverlauf wird also der Optimismus der Vertragsschule durch einen republikanischen Pessimismus angereichert: die Zivilgesellschaft kann zur Konsolidierung der Demokratie beitragen, aber nur unter den Bedingungen a) der zivilgesellschaftlichen Verzichts auf einen zu umfassenden Machtanspruch und b) deren tatsächlicher Zivilität.

Mochte diese Argumentation im Hinblick auf die "erfolgreichen" Transformationsfälle in Mitteleuropa zutreffen, werden damit jedoch für die weiter östlich gelegene Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie neue Fragen aufgeworfen. Welche Rolle kann die Zivilgesellschaft im Falle einer Erosion demokratischer Standards einnehmen? Beginnt nach einem teilweisen Rückfall in halbautokratische Regimemuster nicht ein neuer Zyklus, in dem gerade eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft die Gewähr für weitere Demokratisierung wird?

Das Promotionskolleg knüpft an dieser Stelle an: Unter welchen staatlich-politischen, sozio-ökonomischen sowie sozio-kulturellen Bedingungen, und wie, können Akteure der Zivilgesellschaft in der Phase der Post-Transformation zum demokratischen Leben beitragen? Der Begriff der Post-Transformation bezieht sich dabei auf eine historische Entwicklungsphase, die nur ein Teil der ehemals sozialistischen Staaten durchlaufen oder durchlaufen haben. In Mittel- und zunehmend auch in Südosteuropa ist die Transformation insofern beendet, als die neuen Demokratien im Großen und Ganzen als konsolidiert gelten können. Ebenso ist der Transformationsbegriff unangebracht für die Staaten Mittelasiens, die nach einer vorübergehenden Systemöffnung in den Status autokratischer Regimes zurückgefallen sind. Zwischen Mittelasien und der Europäischen Union existiert indes eine Reihe von Staaten, denen nach dem Systemumbruch von 1989/1991 weder der Entwicklung zur einen oder zur anderen Regimeform gefolgt sind. Im Kaukasus (Armenien, Georgien), in Osteuropa (Moldova, Russland, Ukraine) sowie im Westlichen Balkan (Albanien, Serbien, Bosnien-Herzegowina) finden wir "hybride Regime" (Bendel/Croissant/Rüb 2001), die sowohl Elemente demokratischer wie auch autokratischer Herrschaftsausübung in sich vereinen.¹ In einem Teil der genannten Länder haben in den letzten Jahren liberale Oppositionsbewegungen Wahlsiege erringen können, ohne dass jedoch damit ein Einschwenken auf unangefochten demokratische Praktiken verbunden gewesen ist (D'Anieri 2006; Hale 2006).

¹ Damit wird nicht behauptet, die Staaten Mitteleuropas seien als vollendete Demokratien zu begreifen, was im Übrigen unter Berücksichtigung des Polyarchie-Konzepts (Dahl 1971) für keine Demokratie je gelten kann. Deshalb sollen im Promotionskolleg mitteleuropäische Länder nicht vollends ausgeschlossen werden. Eine Einbeziehung über Vergleichsfälle kann unter bestimmten Umständen sogar als wünschenswert erscheinen. Der regionale Schwerpunkt des Gesamtkollegs ist indes bei hybriden Regimes *zwischen* Autokratie und Demokratie zu sehen.

Von der Transformationsforschung werden diese Regime in der Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur mitunter noch immer als letztlich vorübergehende Phänomene angesehen. Mit dem Konzept der "Domänendemokratie" hat eine Projektgruppe um Wolfgang Merkel jedoch seit einigen Jahren angedeutet, dass bei einem näheren Blick auf einzelne "Teilregimes" der Demokratie durchaus eine dauerhafte Verfestigung halbdemokratischer (bzw. halbautokratischer) Verhältnisse möglich erscheint (Merkel 1999; 2003; 2004). Merkel unterscheidet dabei in Transformationsdemokratien zwischen a) einem Wahlregime, b) politischen und c) bürgerlichen Teilhaberechten, d) der horizontalen Gewaltenteilung sowie e) der effektiven Regierungsgewalt. In jedem einzelnen der Teilregimes kann es zu "Defekten" der Demokratie, also zu im Hinblick auf die Ideale der Demokratie defizitären Zuständen kommen. Die jüngere Transformationsforschung hat somit vor allem weitere Ausdifferenzierungen in die Analyse der Post-Transformation eingebracht.

Stärker an kausalen Mechanismen interessiert ist hingegen die Forschung zur internationalen, oder externen, Dimension von Demokratisierung. Während der unmittelbaren Regimewechselphase der "dritten Welle" war sie zunächst an den Einwirkungsmöglichkeiten internationaler Akteure und Organisationen auf Liberalisierung und Demokratisierung interessiert (Pridham 1994; 1995). Auch stellte sich heraus, dass die Aussicht auf Mitgliedschaft in westlichen Organisationen wie EU und selbst der NATO in vielen Transformationsstaaten einen wichtigen, möglicherweise sogar entscheidenden Einfluss auf die Konsolidierung junger Demokratien hatte (Beichelt 2001; Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006). Allerdings handelte es sich dabei um Staaten, bei denen auch jenseits der internationalen Perspektive eine Reihe von weiteren konsolidierungsfördernden Faktoren vorlag. Möglicherweise erschwert die Abwesenheit solcher demokratiebegünstigender Faktoren in Post-Transformationsstaaten selbst die Diffusion eines minimalen wahl-demokratischen Modells (Bunce/Wolchik 2006).

Mit der Herausbildung konsolidierter Grauzonen-Regimes musste deshalb auch die Forschung zur externen Demokratieförderung zu weiteren Differenzierungen greifen. So wurde zwischen Ausgangsakteuren (z.B. EU, OSZE, Internationaler Währungsfond), Zielakteuren (z.B. Regierungen, Policy Networks, Gesellschaften) und Instrumenten (z.B. Konditionalität, Positiven Anreizen, Lernprozessen) unterschieden. Sowohl bei den neuen EU-Mitgliedstaaten wie auch bei Nicht-EU-Mitgliedern wurde dabei festgestellt, dass die Verbindung starker Anreize und deren Glaubwürdigkeit einen robusten Erklärungsfaktor für den Erfolg externer Demokratisierung darstellt ("leverage"). Gleichzeitig lässt sich ein Demokratisierungseinfluss über gesellschaftliche Lernprozesse feststellen: Über die Intensivierung transnationalen Austauschs wie zunehmendem Handel und Direktinvestition, der Mobilität von Personen sowie allgemein dem kulturellen Dialog sind auch "Linkage"-Prozesse für die Wirksamkeit externer Demokratieförderung verantwortlich (Levitsky/Way 2005).

Aus diesem – notwendigerweise sehr gerafften – Literaturüberblick ergeben sich für das Thema des Promotionskollegs Forschungslücken in zwei Bereichen. Erstens ist die Zivilgesellschaft aus dem Blickwinkel derjenigen Forschung geraten, die Ausprägung und Charakter von hybriden Regimes als ein spezifisches Resultat der postsozialistischen Transformation ansieht. Zweitens vernachlässigt auch die Forschung zur externen Demokratieförderung die Zivilgesellschaft als relevante Instanz, indem einerseits zu sehr das Handeln staatlicher bzw. para-staatlicher Akteure im Mittelpunkt steht und andererseits die Diffusion von Werten und Ideen auf einer abstrakten Ebene analysiert werden, die kaum an reale Akteure und Gruppen gebunden ist. Die Einflüsse autonomer Indivi-

duen und Gruppierungen auf den Charakter und die Dynamik post-transformatorischer Regimes bleibt somit in den beiden wichtigsten relevanten Forschungssträngen unterbeleuchtet.

Mit dem Promotionskolleg soll diese Forschungslücke geschlossen werden. Dafür werden die zwei häufig wenig verbundenen Forschungsstränge zur Systemtransformation und zur externen Demokratisierung miteinander verbunden. Aus der Transformationsforschung wird das Konzept der Domänendemokratie aufgegriffen, um einen hinreichend differenzierten Zugriff auf die Herrschaftsstrukturen und –prozesse der aufgeführten Post-Transformationsstaaten zu erlangen. Die bei Merkel et. al. entwickelte Domänendemokratie bezieht sich auf die Gesamtheit politischer Systeme bzw. Regimes. Für das Kolleg sind indes nur die damit implizierten Bezüge zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppen relevant. Aus der externen Demokratieforschung dagegen wird die Unterscheidung zwischen Linkage (Vernetzung) und Leverage (Anreize) als zwei Modi externer Einwirkung übernommen. Damit wird angedeutet, dass die Verbindungen zwischen externen (staatlichen und zivilgesellschaftlichen) und (zivilgesellschaftlichen) Akteuren und Gruppen prinzipiell sowohl symmetrischer wie asymmetrischer Natur sein können.

Dimensionen des Linkage-Konzepts wie Austausch, Vernetzung, Interaktion etc. signalisieren, dass zivilgesellschaftliche Akteure in Post-Transformationsstaaten bei bestimmten Instrumenten der externen Demokratieförderung frei über deren Rezeption entscheiden können. Auch ist die Richtung der Austauschbeziehungen nicht vorgegeben, wie etwa die weite Verbreitung dissidentischen Gedankenguts im Westeuropa der 1980er-Jahre zeigt. Der Leverage-Begriff dagegen markiert die gleichzeitig bestehende Asymmetrie bei der ökonomischen und häufig auch politischen Ressourcenausstattung. Diese versetzt die zivilgesellschaftlichen Akteure in Post-Transformationsstaaten nicht nur gegenüber ihren halbautokratischen Regierungen, sondern auch gegenüber westlichen politischen und häufig auch gesellschaftlichen Akteuren in eine tendenziell defensive Stellung, denn mögliche Unterstützung ist stets mit der expliziten oder impliziten Drohung des Ressourcenentzugs verbunden.

Auf der Grundlage dieser Differenzierungen können nun die für das Kolleg grundlegenden Hypothesen formuliert werden. Während der Systemtransformation ist ein positiver Beitrag der Zivilgesellschaft a) in der Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase, b) in der Konsolidierungsphase unter der Bedingung des moderaten Rückzugs aus den politischen Institutionen und c) pauschal unter der Bedingung der tatsächlichen "Zivilität" der Zivilgesellschaft zu erwarten. In der Post-Transformation lässt sich der Begriff der Konsolidierung dagegen nicht mehr trennscharf zum Regimetyp anwenden. Die Konsolidierung eines nur halbdemokratischen Regimes bedeutet die Verfestigung sowohl demokratischer wie autokratischer Praktiken. Relevant bleibt also der *Demokratisierungsbeitrag* der Zivilgesellschaft, der wegen der erhöhten Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber dem Staat pauschal als demokratieförderlich angesehen werden kann. Allerdings müssen hinsichtlich der unterschiedlichen Domänen der Demokratie Unterscheidungen getroffen werden, die zu folgenden Arbeitshypothesen führen, die in den einzelnen Projekten des Kollegs in unterschiedlicher Intensität diskutiert werden sollen:

- I. Das *Wahlregime* profitiert von einer starken Zivilgesellschaft vor allem dann, wenn deren inhaltliche Positionen überwiegend der eigenen Gesellschaft entspringen. Externe Programm- und Wahlkampfhilfe kann ansonsten zu einer Bürde werden.

- II. Die Unterstützung von *politischer Teilhabe* der Zivilgesellschaft erfordert zum einen die Kompatibilität internationaler Programm-, Strategie- und Finanztransfers mit den institutionellen Bedingungen im jeweiligen Post-Transformationsstaat. Zum anderen erfordert der transnationale Charakter vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in diesem Feld tätig sind, eine gegenseitige Offenheit zwischen den – üblicherweise im Westen ansässigen – Zentralen und den nationalen Ablegern.
- III. Während das für Punkt (II.) Ausgeführte auch für den Bereich der *bürgerlichen und Menschenrechte* gilt, kommt über die Mitgliedschaft der Post-Transformationsstaaten in internationalen Vertragswerken und Institutionen (EMRK, OSZE, IMF, etc.) das zusätzliche Element von externem Monitoring, verbunden mit der Drohung von Sanktionen, hinzu. Zivilgesellschaftliche Gruppen aus Post-Transformationsstaaten können internationale Öffentlichkeit und Institutionen mobilisieren, was anreiz- und druckempfindliche Regierungen zu einer Änderung ihrer Praktiken bringen kann.
- IV. Das unbehinderte Wirken von *Massenmedien* und Öffentlichkeit in der Dimension der horizontalen Gewaltenteilung haben alle Post-Transformationsstaaten mit der KSZE-Charta von Paris (1990) zugesagt; daher können auch hier Instrumente der Leverage eingesetzt werden. Ebenso wird die Demokratie fördernde Funktion von Zivilgesellschaft jedoch durch die – häufig transnationale – Eigentümerstruktur und damit durch die Haltung der Medieneigentümer zum Ziel der Demokratisierung mitbestimmt.
- V. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der *Korruptionsbekämpfung* – zur Stärkung der effektiven Regierungsgewalt – hängt vor allem dann weitgehend von der Konsistenz und Effizienz externer Einflüsse ab, wenn wenigstens Teile der nationalen Eliten die Korruptionsbekämpfung selbst zum politischen Programm erhoben haben. Allerdings bewirkt das Element der Konditionalität, das besonders im Wirkungskreis der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingesetzt wird, auch hier eine mögliche Konfrontation zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Diese Hypothesen weisen gemeinsame Elemente auf: Ein positiver Beitrag der Zivilgesellschaft zur Demokratie und Demokratisierung kann in allen Bereichen der Domänendemokratie erwartet werden. Er wird umso positiver, je mehr die von der Zivilgesellschaft eingebrachten Impulse als der eigenen – und nicht einer fremden – Gesellschaft und Kultur entsprungen angesehen werden und je effizienter deren Schritte für die Qualität der Demokratie sind. Gefahren selbst für den eingeschränkten Demokratiegehalt post-transformatorischer Regimes erwachsen dann, wenn die Machthabenden zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen als "fremdgesteuert" rezipieren und darstellen, denn dann gerät die eingeschränkte Autonomie der Gesellschaft weiter unter Druck. Das Ziel der einzelnen Arbeiten des Promotionskollegs soll lauten, die Grundaussagen dieser Hypothesen auf den Prüfstand zu stellen und damit sowohl zu theoretischen Erkenntnissen wie auch zu praktischen Schlussfolgerungen für die externe Demokratisierung durch zivilgesellschaftliche Akteure zu gelangen.

Bis hierher zitierte Literatur

Beichelt, Timm, 2001: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske+Budrich.

- Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert (Hrsg.), 2001: *Hybride Regime. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bunce, Valerie / Wolchik, Sharon L., 2006: International diffusion and postcommunist electoral revolutions. In: *Communist and Postcommunist Studies*, vol. 39, no. Special Issue: Democratic Revolutions in Post-Communist States, S. 283-304.
- Cohen, Jean L. / Arato, Andrew, 1992: *Civil Society and Political Theory*. Cambridge, Mass: MIT Press.
- D'Anieri, Paul, 2006: Explaining the success and failure of post-communist revolutions. In: *Communist and Postcommunist Studies*, vol. 39, no. Special Issue: Democratic Revolutions in Post-Communist States, S. 331-350.
- Fraenkel, Ernst, 1973 (1970): *Strukturanalyse der modernen Demokratie*. In: Ernst Fraenkel (Hrsg.): *Reformismus und Pluralismus*. Hamburg: Hoffmann und Kamp, S. 404-436.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hale, Henry E., 2006: Democracy or autocracy on the march? The colored revolutions as normal dynamics of patronal presidentialism. In: *Communist and Postcommunist Studies*, vol. 39, no. Special Issue: Democratic Revolutions in Post-Communist States, S. 305-329.
- Howard, Marc, 2003: *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge: Cambridge University Press
- Huntington, Samuel P., 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Jentzsch, Corinna / Nickel, Manja, 2004: Die Qual der Dumawahl. Wahlbeobachtung in Tatarstan 2003. In: *Osteuropa*, vol. 54, no. 1, S. 8-16.
- Lauth, Hans-Joachim / Merkel, Wolfgang, 1997: *Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht*. In: *Forschungsjournal NSB*, vol. 10, no. 1, S. 12-34.
- Levitsky, Steven / Way, Lucan A., 2005: International Linkage and Democratization. In: *Journal of Democracy* vol. 16, no. 3, S. 20-34.
- MacIntyre, Alasdair, 1987: *Der Verlust der Tugend*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang, 1999: Defekte Demokratien. In: Wolfgang Merkel / Andreas Busch (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 361-381.
- Merkel, Wolfgang, 2004: Embedded and Defective Democracies. In: *Democratization*, vol. 14, no. 5, S. 33-58.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel u.a., 2003: *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- O'Donnell, Guillermo A. / Schmitter, Phillippe C. / Whitehead, Laurence (Hrsg.), 1986: *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy (4 volumes)*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Pridham, Geoffrey, 1994: Democratic transitions in theory and practice. Southern European lessons for Eastern Europe. In: Geoffrey Pridham / Tatu Vanhanen (Hrsg.): *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*. London: Routledge, S. 15-37.
- Pridham, Geoffrey, 1995: The International Context of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. In: Richard Gunther / P. Nikiforos Diamandouros / Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.): *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 166-203.
- Rawls, John, 1975: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: Suhrkamp.

- Rüb, Friedbert, 2000: Von der zivilen zur unzivilen Gesellschaft: das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 5. Die Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich, S. 173-201.
- Sandel, Michael J., 1995: Liberalismus oder Republikanismus. Von der Notwendigkeit der Bürgertugend. Wien: Passagen.
- Schimmelfennig, Frank / Engert, Stefan / Knobel, Heiko, 2006: International Socialization in Europe. European Organizations, Political Conditionality, and Democratic Change. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Taylor, Charles, 1991: Die Beschwörung der Civil Society. In: Krzysztof Michalski (Hrsg.): Europa und die Civil Society. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Walzer, Michael, 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Berlin: Rotbuch.
- Whitehead, Laurence, 1997: Bowling in the Bronx: The Uncivil Interstices between Civil and Political Society. In: Democratization, vol. 4, no. 1, S. 94-114.

Vorarbeiten der Antragsteller

Timm Beichelt arbeitet seit mehr als zehn Jahren zu Problemen der Demokratisierung und Konsolidierung im post-sozialistischen Europa. Seine Dissertation (2001a) ging der Frage nach, welche Faktoren für die unterschiedlichen Entwicklungspfade der Transformationsstaaten seit 1989/1991 verantwortlich waren. Dort wurde festgestellt, dass die Aussicht auf Mitgliedschaft in EU und/oder NATO einen der wichtigsten Erklärungsfaktoren für die Konsolidierung der jungen Demokratien in Mitteleuropa dargestellt hat. Bestand diese Aussicht nicht, hatten Einwirkungsmöglichkeiten internationaler Organisationen wie der OSZE oder des IWF ambivalente Ergebnisse besonders dann, wenn die Elitenstruktur der Empfängerländer Brüche aufweist oder zwischen Eliten und Bevölkerung keine starken Bindungen bestehen. Der Einfluss von Zivilgesellschaft auf den Charakter "hybrider Regimes" (siehe oben) wurde über die Dissertation hinaus im Rahmen des DVPW-Arbeitskreises "Systemwechsel" über mehrere Jahre untersucht. Dabei standen die Staaten Osteuropas, insbesondere Russland und die Ukraine, im Mittelpunkt (Beichelt/Kraatz 2000; Beichelt 2004a; Beichelt/Pavlenko 2004). Dabei lag ein spezieller Fokus auf der Rolle von (internationalen und einheimischen) zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der Organisation und Beobachtung von Wahlen (Beichelt 1997). In diesem Zusammenhang war Timm Beichelt auch mehrere Male als Wahlbeobachter in den genannten Ländern tätig, unter anderem als Organisator einer Seminarexkursion, in deren Rahmen deutsche und russische Studierende gemeinsam als Wahlbeobachter tätig waren und hinterher auch darüber berichteten (Jentsch/Nickel 2004).

- Beichelt, Timm, 1997: Nochmals zu den Wahlen in Rußland. Waren sie demokratisch? - eine Nachlese. In: Osteuropa, no. 2/1997, S. 116-128.
- Beichelt, Timm / Kraatz, Susanne, 2000: Zivilgesellschaft und Transformation in Rußland. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Systemwechsel 5. Die Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich, S. 115-144.
- Beichelt, Timm, 2001a: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske+Budrich.
- Beichelt, Timm, 2001b: Die slawischen GUS-Staaten zwischen Autokratie und Demokratie. Frankfurt/Oder: Arbeitsberichte des FIT, 5/01.
- Beichelt, Timm, 2004a: Autocracy and Democracy in the European CIS. In: Democratization, vol. 14, no. 5, S. 113-132. Beichelt, Timm, 2004b: Minorities in New European Democracies - a source of destabilization? In: ECMI Yearbook, vol. 2, S. 53-71.

- Beichelt, Timm / Pavlenko, Rostyslav, 2004: The Presidential Election and Constitutional Reform. In: Iris Kempe / Helmut Kurth (Hrsg.): Presidential Election in Ukraine. Implications for the Ukrainian Transition. Kiew: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 50-85.
- Jentzsch, Corinna / Nickel, Manja, 2004: Die Qual der Dumawahl. Wahlbeobachtung in Tatarstan 2003. In: Osteuropa, vol. 54, no. 1, S. 8-16.

Frank Schimmelfennig hat in einem zunächst von der DFG und anschließend vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung finanzierten Projekt zu den Bedingungen und Mechanismen der Demokratieförderung durch europäische Regionalorganisationen (OSZE, Europarat, EU und NATO) gearbeitet. In einer breiten, Länder und Organisationen vergleichenden Analyse zeigte sich, dass wirksamer Einfluss regionaler Organisationen von zwei wesentlichen Faktoren abhängig ist. Eine notwendige Bedingung des wirksamen Einflusses ist die Ausübung politischer Konditionalität durch Organisationen, die hohe materielle Anreize für die Zielstaaten zu bieten haben. OSZE und Europarat waren generell erfolglos, sofern ihre Forderungen nicht von der EU und der NATO aufgegriffen wurden. Aber auch EU und NATO waren nur erfolgreich, wenn sie im Gegenzug zur Erfüllung ihrer politischen Bedingungen eine glaubwürdige Beitrittsperspektive zu bieten hatten. Eine glaubwürdige Beitrittsperspektive war jedoch allein als nicht hinreichende Bedingung erfolgreicher Demokratieförderung. Sie erwies sich als wirkungslos, wo die Übernahme westlicher Menschenrechts- und Demokratienormen mit hohen politischen Kosten für die Zielregierungen verbunden war (Regimewandel oder Regierungswechsel). Die Wirksamkeit der Demokratieförderung durch regionale Organisationen ist also beschränkt auf Zielstaaten, die bereits weitgehend demokratisiert sind (moderate Umsetzungskosten) und die eine glaubwürdige Perspektive der Mitgliedschaft in EU und NATO besitzen (Schimmelfennig 2005, 2007; Schimmelfennig, Engert und Knobel 2003; 2006). Die Grenzen der direkten Einflussnahme regionaler Organisationen auf normverletzende Regierungen werfen zugleich die Frage auf, ob und wie in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren alternative, vielversprechende Kanäle der Demokratieförderung existieren. Frank Schimmelfennig leitet momentan (zusammen mit Sandra Lavenex) ein Projekt zur Demokratieförderung der EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, das vom Schweizer Nationalfonds im Verbund des NCCR (vergleichbar einem SFB) „Challenges to Democracy in the 21st Century“ gefördert wird.

- Schimmelfennig, Frank. 2007: European Regional Organizations, Political Conditionality, and Democratic Transformation in Eastern Europe, in: East European Politics and Societies 21:1, 2007, 126-141
- Schimmelfennig, Frank, 2005: Strategic Calculation and International Socialization: Membership Incentives, Party Constellations, and Sustained Compliance in Central and Eastern Europe, in: International Organization 59: 4, 827-860.
- Schimmelfennig, Frank / Engert, Stefan / Knobel, Heiko, 2003: Costs, Commitment, and Compliance. The Impact of EU Democratic Conditionality on Latvia, Slovakia, and Turkey, in: Journal of Common Market Studies 41: 3, 495-517.
- Schimmelfennig, Frank / Engert, Stefan / Knobel, Heiko, 2006: International Socialization in Europe. European Organizations, Political Conditionality, and Democratic Change. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Schnittstellen mit dem Stiftungsprogramm

Schnittstellen mit dem Stiftungsprogramm bestehen sowohl auf der inhaltlichen wie auf der institutionellen Ebene. Inhaltlich verfolgen die HBS und das Studienwerk seit ihrer Gründung das Ziel der Demokratisierung von Gesellschaften, sei es im Hinblick auf Teilbereiche (Teilhabegesellschaft, Geschlechterdemokratie, etc.) oder auf die Öffnung (teil-)autokratischer Regimes etwa im früheren sozialistischen Europa oder phasenweise in Afrika und Lateinamerika. Die Förderung gesellschaftlicher Autonomie – also dem Kern des zivilgesellschaftlichen Projekts – gehörte dabei immer zum Kerngeschäft der Stiftung, sei es in direkter Verbindung zur Demokratisierung von Herrschaftsstrukturen oder in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung oder Umweltschutz. Die Verleihung des Petra-Kelly-Preises an Arsenij Roginski im Mai 2006 steht dabei für gewissermaßen modernisiertes Konzept von Zivilgesellschaft, das durchaus mit dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand einhergeht. Nicht mehr allein die Förderung gesellschaftlicher Autonomie verspricht Demokratisierungs- und Konsolidierungserfolg. Hinzutreten müssen wirkungsvolle rechtsstaatliche Strukturen, die die Spielräume der staatlichen Machthaber einschränken und auf den Kerngehalt der – in allen Verfassungen des post-sozialistischen Raums gegebenen – demokratischen politischen Rechte verpflichten.

Jenseits dieser allgemeinen Übereinstimmung von Stiftungsleitbild und Anliegen des Promotionskollegs bestehen Überschneidungen mit der im Jahr 2005 entstandenen HBS-Projektgruppe "Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit" (siehe Heinrich-Böll-Stiftung 2006). Der Fokus der Projektgruppe auf Post-Konflikt-Gesellschaften stimmt zu einem guten Teil mit der Zielregion des Kollegs überein (südlicher Kaukasus, westlicher Balkan), die Überwindung von "bad governance" ist sowohl für Bedingungen fragiler Staatlichkeit wie für die Förderung von Zivilgesellschaft zentral, und der Fokus auf die externe Förderung von Demokratie entspricht ebenfalls der Zielrichtung beider Projekte. Bei der "langfristige[n], systematische[n] und fundierte[n] Beschäftigung mit Konzepten zum Thema unter Rückgriff auf Erfahrungen der Stiftung und anderer Akteure in den Bereichen Friedensförderung und Demokratisierung" (vgl. Unmüßig/Nord/Spilker 2006: 5-6) bestehen demnach fast symmetrische Anknüpfungspunkte zwischen Promotionskolleg und Stiftung.

Weiterhin auf der institutionellen Ebene verknüpft das Vorhaben die SurPlace-Programme, die Arbeit einiger Regionalbüros (in Belgrad, Moskau und Tblisi) und die Forschung im Rahmen der Dissertation durch eine institutionelle Vernetzung. Während der Förderphase werden in Zusammenarbeit mit den genannten Regionalbüros Workshops durchgeführt, die die DoktorandInnen in die Arbeit vor Ort einführen und den Erfahrungsschatz ehemaliger SurPlace-StipendiatInnen zugänglich machen (siehe unten, "Kollegspezifische Veranstaltungen").

Heinrich-Böll-Stiftung, 2006: Afghanistan. Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit, Band 1. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung

Unmüßig, Barbara / Nord, Antonie / Spilker, Dirk, 2006: Vorwort. In: Heinrich-Böll-Stiftung, 2006: Afghanistan. Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit, Band 1. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 5-7.

3. *Wissenschaftliches Begleitprogramm*

Kollegspezifische Veranstaltungen

Aus der Demokratisierungs- und Konsolidierungsforschung wissen wir, dass Erfolge von Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozessen immer mit einer wenigstens partiellen Verständigung vormals antagonistischer Kräfte, z.B. zwischen Regimeopposition und alten Eliten, einhergegangen sind. Während der Demokratisierungsphase können zivilgesellschaftliche Kräfte zur Regimeöffnung beitragen, während der Konsolidierungsphase kommt es vor allem auf ihre "zivile" – d.h. auf gewaltfreie und tolerante Konfliktbeilegung ausgerichtete – Gestalt an. Deswegen ist es ein Anliegen, auch DoktorandInnen aus (halb-) autokratischen oder instabil demokratischen Staaten für das Promotionskolleg zu gewinnen, deren Lebensmittelpunkt nicht dauerhaft in Deutschland liegt.

Für die StipendiatInnen bestehen regelmäßig Anwesenheitsphasen in Frankfurt/Oder, wo die Europa-Universität am Frankfurter Institut für Transformationsforschung (F.I.T.) Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, und am Center for Comparative and International Studies der ETH und Universität Zürich. Sowohl in Frankfurt als auch in Zürich werden regelmäßig Lehrveranstaltungen auf Postgraduiertenniveau angeboten, die sich mit den Themenkomplexen Demokratie, Zivilgesellschaft oder externer Demokratisierung auseinandersetzen. Auch der Methodenausbildung auf Promotionsniveau wird ein eigener Raum gegeben.

Zusätzlich wird ein Begleitprogramm eingerichtet, welches zwei Ziele hat. Erstens sollen den StipendiatInnen Einstiegsmöglichkeiten in das wissenschaftliche Arbeiten geboten werden. Entsprechend werden die Vorbereitung und Durchführung von Workshops und Tagungen unter Einbeziehung externer WissenschaftlerInnen zum Betätigungsfeld gehören. Zweitens werden zwei bis drei praxisorientierte Workshops mit den Regionalbüros der HBS organisiert, im Verlaufe dessen die StipendiatInnen Einblicke in die Arbeit eines Akteurs externer Demokratisierung gewinnen und gleichzeitig Vernetzungsmöglichkeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in drei Ländern nutzen können. Zu den Veranstaltungen des Begleitprogramms werden jeweils beide Antragsteller und Kollegleiter anwesend sein.

Ergänzende Angebote aus allgemeinen Lehrprogrammen

Die *International Summer School* der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Viadrina findet innerhalb von drei Wochen jeweils im Mai/Juni eines jeden Jahres statt zu einem etwa ein Jahr vorab festgelegten Thema statt.² Die Fakultät verpflichtet sich, den Mitgliedern des Promotionskollegs den Zugang zu den Veranstaltungen der Summer School zu ermöglichen.

An der Europa-Universität finden pro Semester etwa fünf Kolloquien für Postgraduierte statt. Je nach Ausrichtung der Promotion (z.B. Politikwissenschaft, Anthropologie, etc.) können die StipendiatInnen an den Kolloquien teilnehmen und sind verpflichtet, dort einmal pro Semester über den Fortgang ihrer Arbeit zu berichten. Es wird darauf geachtet, dass jeweils eine Lehrveranstaltung in Frankfurt/Oder zum Zentrum des Kollegs

² Zum Beispiel 2005: *Oppositional Cultures*; 2006: *Border Cultures*.

wird; je nach Zusammensetzung der Gruppe handelt es sich dabei um ein Kolloquium (z.B. politikwissenschaftliches Kolloquium oder Osteuropakolloquium) oder das oben genannte Seminar auf Postgraduiertenniveau.

Am Center for Comparative and International Studies der ETH Zürich und Universität Zürich findet ein Doktorandenkolloquium sowie das Kolloquium des Nationalen Forschungsschwerpunkts "Challenges to Democracy in the 21st Century" (Laufzeit seit 2005) statt. Das Programm besteht aus einer Mischung von Vorträgen durch DoktorandInnen sowie externer ReferentInnen. Außerdem finden regelmäßig Workshops des Moduls "Demokratisierung" des NCCR statt, an denen die StipendiatInnen teilnehmen können.

4. Eigenleistungen der Hochschulen

An der Europa-Universität Viadrina wird das Promotionskolleg am Frankfurter Institut für Transformationsstudien (F.I.T.) angesiedelt. Dort werden ab 1.10.2008 sechs Arbeitsplätze mit folgender Ausstattung eingereicht: Schreibtisch, Laptop, Drucker, Telefon, Internetanschluss.

An der ETH Zürich werden mindestens zwei ähnlich ausgestattete Arbeitsplätze für solche Studierende eingerichtet, die außerhalb der Präsenzphasen in Frankfurt/Oder in die Arbeitszusammenhänge dort eingebunden sind. In Zürich werden die Doktoranden in den Nationalen Forschungsschwerpunkt "Democracy", insbesondere in das Forschungsprojekt "Democracy Promotion in the European Neighborhood" an der ETH Zürich eingebunden.

Die Europa-Universität garantiert den Aufbau einer Kolleg-Homepage sowie deren Einbau in den Internet-Auftritt der Europa-Universität, der ETH Zürich und dem Studienwerk (Zurverfügungstellung der Daten sowie regelmäßige Aktualisierung). Eine Wissenschaftliche Hilfskraft (WHK) garantiert die organisatorische Unterstützung des Kollegs.